

sierungsprodukten, die unabhängig von den Intentionen der Modernisierer ihre eigene soziale, ökonomische und politische Logik entfalten. Der Versuch, den Zentralismus durch restringierte Dezentralisierung zu erhalten, kann das Gebäude der Herrschaft schützen oder niederreißen. Gleich ob es sich um die von d'Argenson gewünschten vielen Regionen Frankreichs oder um die vielen Profitcenter heutiger Konzerne handelt, in all diesen Fällen wird unter einem Herrschaftsverbund durch Dezentralisierung Selbstständigkeit gewährt und erprobt. Sie kann so bemessen werden, dass sie den Kolossen neues Leben einhaucht; sie kann aber auch, wenn nur der starkliberale Funke überspringt, zur Plattform des Ausstiegs werden.

10.14 Gegensätzliche Typen moderner Öffentlichkeit vor der Französischen Revolution

Im Mittelalter waren die Beziehungen zwischen Herrschenden und Beherrschten »entpolitisiert«, indem sie in eine für selbstverständlich gehaltene, religiös formalisierte und legitimierte Ordnung eingebettet waren. Diese Form der Herrschaftssicherung erwies sich durch den Bedeutungsverlust der Religion und angesichts der Entdeckung der Möglichkeiten der Naturwissenschaften als ökonomisch ineffizient und politisch unglaublich. Die Physiokraten ersetzten nun die mittelalterliche Art der Legitimation von Herrschaft durch einen autokratischen Rationalismus, der die Möglichkeit schaffen sollte, einerseits die Hierarchie der Gesellschaft in modernisierter Form zu erhalten, andererseits Wirtschaftswachstum mit Hilfe wissenschaftlicher Methoden zu erzeugen. Die Physiokraten vertraten somit einen antiliberalen Rationalismus. Sie verkörperten mit dieser Haltung einen Grundtypus der Moderne.

Dass die Physiokraten als Wegbereiter des Liberalismus gelten, der sich im Lauf der Französischen Revolution durchgesetzt haben soll, ist allerdings ein Irrtum. Liberale Politik, in welchem Sinne auch immer, kann es erst geben, wenn unterschiedliche, ja gegensätzliche Interessen und Ideale ohne Repression im öffentlichen Raum artikuliert werden können. Die Physiokraten aber leugneten die Existenz des Politischen als einer eigenständigen Sphäre gesellschaftlichen Lebens. Sie vertraten vielmehr die These, gute Gesetze könnten im Grunde weder von den Bürgern noch vom König verfasst und in Kraft gesetzt werden, da die sozialen Gesetze, ähnlich wie die physikalischen, bereits »vorsozial« feststünden, bevor sich überhaupt Gesellschaft bilde. Politik handele allein davon, diese Gesetze zu erkennen, sie auszuführen und anzuwenden. Die Vorstellung von Rationalität war bei den Physiokraten untrennbar mit der Legitimation ökonomischer und politischer Macht verbunden; die Formulierung und Interpretation von Gesetzen wünschten sie in die Hand derjenigen Herren zu legen, die über die ihrer Meinung

nach wertvollste Form des Eigentums, das heißt über Großgrundbesitz verfügen. Gemeint waren der König und die Großgrundbesitzer.

Zwar weniger autoritär, doch ebenfalls antidemokratisch ist die Idee von Öffentlichkeit, wie sie Voltaire und sein Umkreis vertraten. Obwohl sie mit seinem Einsatz für Glaubens- und Meinungsfreiheit einiges zur Entstehung liberalen Denkens und Handelns beitrugen, war ihnen die Idee einer offenen Gesellschaft fremd. Die Vorstellung, dass alle Menschen in die Lage versetzt werden müssten, ihre Interessen vernünftig zu benennen und über ihr Leben selber zu entscheiden – diesen Gedanken sucht man in den Schriften Voltaires vergeblich. Im Gegenteil, er verachtete die Armen und dachte gar nicht daran, sie zu Bürgern einer freien Gesellschaft zu machen.

Im Frankreich des achtzehnten Jahrhunderts kontrastiert dieser Rationalismus der Wenigen mit dem Irrationalismus für alle, wie er von Rousseau propagiert wurde. Deutet man dessen Werk, so wie es seine Anhänger in der Französischen Revolution taten, als das eines demokratisch gesonnenen Philosophen und Pädagogen, so lässt sich vereinfacht sagen: Im Gegensatz zu den Physiokraten hatte Rousseau nicht die Absicht, einer schmalen Elite rational denkender Personen die Macht zu übergeben; vielmehr wollte er das Volk als Ganzes zum Souverän machen. Diese Verallgemeinerung der politischen Entscheidungsgewalt wird aber mit dem Verzicht auf Vernunft erkaufte. Denn politische Entscheidungen werden bei Rousseau nicht aufgrund von Reflexion und Diskussion, sondern aufgrund kollektiver Stimmungen getroffen. Derjenige, der sich das Recht nimmt, frei zu denken und die religiösen Dogmen, die der Souverän festgelegt hat, verleugnet, soll mit dem Tode bestraft werden.

Auf den ersten Blick scheinen Rationalismus und Ungleichheit genauso unheilvoll wie Irrationalismus und Gleichheit verknüpft zu sein. In beiden Fällen sieht es so aus, als sei die Hoffnung auf persönliche Freiheit für alle Bürger ein undenkbares, mindestens unerreichbares Ziel. Das Scheitern der Französischen Revolution erst in der Schreckensherrschaft, dann im Bonapartismus scheint gedanklich vorgezeichnet.

In Wirklichkeit ist es umgekehrt: Rationalismus und Gleichheit bedingen einander. Wenn der Austausch rationaler Argumente auf eine elitäre Minderheit beschränkt wird, dann versinkt nicht nur die übrige Gesellschaft in Irrationalität; nein, der sozial restringierte Rationalismus ist selber irrational. Dies gilt für Locke, dessen schwacher Liberalismus mit einer Politik verbunden war, die die Mehrheit der Bevölkerung durch religiöse Propaganda binden wollte. Dies gilt ebenso für den halbierten Liberalismus der Physiokraten. Quesnay wollte die von ihm erstrebte Ordnung der Gesellschaft nicht allein rational begründen, sondern zugleich theologisch legitimieren. Aber auch mit Rousseaus Irrationalismus lässt sich keine auf Gleichheit gründende Gesellschaft erreichen. Denn die Ablehnung alles Rationalen hatte zur Folge, dass Rousseau, der Vorkämpfer der *égalité*, die geistigen und politischen

Werkzeuge zur Herstellung von Gleichheit verwarf. Ebendies macht den Konservatismus im Denken Rousseaus aus.

Gibt es einen dritten Weg, der dem Dilemma entkommt? Im Werk d'Argensons bilden die Öffnung der Märkte und Demokratisierung keine Gegensätze, sondern zwei Seiten ein und derselben aufklärerischen Intention. Leider entfaltete der Autor diese Position auf sehr ambivalente Weise, verfolgte er doch mit seiner Haltung einerseits das starkliberale Ziel der Emanzipation und Partizipation der Bürger im Staat, andererseits das schwachliberale Ziel der Modernisierung und Stabilisierung des Absolutismus unter sich wandelnden Bedingungen.

Diese Ambivalenz prägt auch d'Argensons Verhältnis zur Universalisierung von Rationalität und Öffentlichkeit. Durch Anschauen und Begreifen war der Marquis zu seiner Kritik des bestehenden ökonomischen und politischen Systems gekommen. Seine *Betrachtungen* aber kursierten ab den späten 1730er Jahren nur in wenigen Abschriften; ausdrücklich verbot der Autor weitere Kopien seines Traktats.⁶⁴ Dass er auch dem ärmsten Bürger die Kraft zutraute, sein Leben vernünftig zu gestalten, hebt ihn positiv von anderen Aufklärern ab. Er erkannte, dass es nicht naturbedingte Dummheit war, die die meisten Menschen davon abhielt, ihr Leben in einer als rational zu bezeichnenden Weise in die Hand zu nehmen. Grund waren die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die es zu verändern galt. Da es aber zur Zeit seiner *Considerations* noch kein revolutionäres Subjekt gab – die Mehrheit des Volkes wurde in ökonomischer Abhängigkeit und politischer Unwissenheit gehalten – wäre es wirklichkeitsfremd gewesen, schon damals eine Umwälzung der Verhältnisse im Sinne der Entwicklung von Rationalität und Öffentlichkeit zu erwarten.

Erst mit Beginn der Französischen Revolution konnte sich das bei d'Argenson noch gebremste aufklärerische Potential voll entfalten. Der Sturm auf die Bastille hatte das revolutionäre Subjekt endlich hervorgebracht. Der Aufbruch erschöpfte sich nicht darin, dass das Bürgertum, längst zu ökonomischer Macht gekommen, nun auch politische Macht verlangte. Bürgerliche Öffentlichkeit konnte im umfassenden Sinne nur entstehen, weil sich eben nicht bloß ein Klassenbewusstsein, sondern auch das Gegenteil davon gebildet hatte: die radikale liberale Idee einer klassenlosen Gesellschaft auf der Grundlage bürgerlicher Prinzipien. Diese galt es zu etablieren und kosmopolitisch zu verallgemeinern.

64 Herbert Hömig, wie Anm. 21 Kap. 10, S. 10.

